

Laibacher Zeitung.

Nr. 76.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 4. April

Insertionspreis bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1866.

Amtslicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 31. März d. J. den Ministerialkonzipisten mit Titel und Charakter eines Ministerialsekretärs Dr. Vincenz Ritter von Helm zum Ministerialsekretär im Staatsministerium allergnädigst zu ernennen geruht.

Der Justizminister hat eine bei dem Landesgerichte in Prag erledigte Rathsfretärstelle dem dortigen Landesgerichtsadjunkten Wendelin Worel verliehen.

Der Justizminister hat eine bei dem Landesgerichte in Prag erledigte Hilfsämterdirektorstelle dem landesgerichtlichen Hilfsämterdirektionsadjunkten Franz Tesař verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 4. April.

Fünzig Jahre sind seit der Stiftung der heiligen Allianz verfloßen. Die Staaten, welche sie begründet — Rußland, Oesterreich und Preußen — wollten in ihrem Verhältniß zu einander nur die Gebote der christlichen Religion zur Richtschnur nehmen, die Gebote der Gerechtigkeit, der christlichen Liebe und des Friedens. Ein halbes Jahrhundert hat diese Mächte, wenn auch öfter auf gespanntem Fuße, doch nie in offener Feindschaft gesehen. Das gezückte Schwert wurde immer noch in die Scheide zurückgestoßen, und so wie Rußland uns in der traurigsten Epoche des Bürgerkrieges hilfreich beigestanden ist, so hat die jüngste Zeit die Banner Hohenzollerns und Habsburgs auf den nordischen Schlachtfeldern siegreich flattern gesehen. Eine alle Forderungen des Rechts und der Volksstimme verkennende Partei des Reichs, wie es scheint, unwiderstehlich an den reißt Preußen, der es scheint, unwiderstehlich an den Abgrund des Bruderkrieges. Die preussische Regierung, sich wohl bewußt, daß ihrem Beginnen die Grundgesetze des deutschen Bundes entgegenstehen, versucht es, in ihrer neuesten Depesche an die Mittelstaaten einen Sonderbund gegen Oesterreich zu Stande zu bringen, indem sie sich als von diesem bedroht darstellt und die Bundesglieder zu seinem Schutze aufruft. Oesterreich hätte gewiß die gleiche Berechtigung, denn es ist nicht weniger in seiner Stellung bedroht. Das theuer mit dem Blute so vieler Helden erkaufte Bundesland Holstein, bisher ein Pfand gegen die ehrgeizigen Gelüste des preussischen Kabinetts, kann in dem Augenblicke der Kriegserklärung in die Hände des übermächtigen Gegners fallen und die reichsten und blühendsten der österreichischen Bundesländer können in demselben Momente der Schauplatz aller Greuel des Krieges werden. Allein

wenn die letzten Nachrichten nicht trügen, so ist der preussische Coup nicht gelungen. Einer der ersten Mittelstaaten hat ihn mit der Hinweisung auf Artikel XI der Bundesakte beantwortet, und da die preussische Depesche Oesterreich des Bundesbruchs beschuldigt, so steht ein mittelstaatlicher Antrag beim Bunde unmittelbar bevor. Nach der Bundesakte, deren rechtliches Bestehen wohl keine der Mächte anfechten wird, machen sich die Bundesglieder verbindlich, einander unter keinerlei Vorwand zu bekriegen und ihre Streitigkeiten nicht mit Gewalt zu verfolgen. Die Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich sucht die Bundesversammlung zuvörderst durch eine Kommission in Güte beizulegen. Wenn der Vermittlungsversuch nicht gelingt, wird ein rechtliches Verfahren eingeleitet und von den Parteien das oberste Gericht eines Bundesstaats erwählt, welches den Streit nach gemeinem deutschen Rechte und nach den von den Reichsgerichten befolgten Normen als Austragalsgericht zu entscheiden hat. Dieses spricht im Namen und Auftrage des Bundes. Der engere Rath hat dann den Bundesbeschluß zu vollziehen. Wenn Preußen, wie die der Depesche vorangegangenen Aeußerungen inspirirter Journale und die ganze bisherige Haltung des Bismarckschen Kabinetts schließen läßt, sich dem Bundesverfahren nicht fügt, so ist es bundesbrüchig und Oesterreich hat das Recht, den Beistand sämtlicher Bundesglieder gegen die preussische Anmaßung zu verlangen. Und noch ein Punkt ist von Preußen wohl zu beachten. Die ersten elf Artikel der Bundesakte sind in die Wiener Kongressakte aufgenommen und so unter die Garantie der europäischen Mächte gestellt. Bisher hat Deutschland seine Streitigkeiten stets noch durch Einverständnis der Bundesglieder geschlichtet, das Beharren Preußens auf dem betretenen Wege muß die Einmischung des Auslandes unfehlbar herbeiführen. Und die Geschichte zeigt uns die traurigen Folgen solcher Verursachungen an die lauernden Nachbarn. Wir wollen hoffen, daß so düstere Erfahrungen nicht umsonst gemacht worden sind und daß die Stimme des gegen einen Kabinettskrieg sein Veto einlegenden preussischen Volkes noch in der eilften Stunde über die Vorspiegelungen einer kleinen, ehrgeizigen und räufesüchtigen Partei siegen wird.

Die Depesche der kaiserlichen Regierung, die wir unter der Rubrik „Neuestes“ veröffentlicht, ist der erste entschiedene Schritt zur Klärung der Situation; es bedarf nur der gleich entschiedenen Antwort von Seite Preußens, und die Frage ob Krieg oder Frieden, wird gelöst sein.

Oesterreich.

Pest. Die Demonstration für das Minister-Programm, welche das Unterhaus in Pest gemacht, indem

es beschloß, die Mehrzahl der eingelaufenen Petitionen so lange im Archiv unerledigt aufzubewahren, bis nicht eine verantwortliche Regierung ernannt sein wird, hat nach einer Wiener Korrespondenz des „Pesti Hirnök“ in dortigen Kreisen den Eindruck einer nichts weniger als klugen Taktik hervorgerufen. Es liege darin eine eben so unpolitische als ungerechtfertigte Ignorierung der faktischen Regierung von Seite der Legislative, welche dem Programme jener Regierung es verdankt, daß sie in's Leben treten konnte. Die betreffenden Vitzsteller dürften auch dem Landtag wenig Dank dafür wissen, wenn er selbst mit solchen Gegenständen sich nicht an die faktische Regierung wenden will, deren Erledigung nicht nur möglich, sondern auch aus Rücksichten der Gerechtigkeit, Humanität oder des Gemeinwohls dringend nöthig. Die Räder der Verwaltungsmaschine, sagt der Korrespondent, bewegen sich in so regelmäßigem und befriedigendem Gange, wie es nur möglich in der jetzigen außerordentlichen Lage (die doch nicht von der gegenwärtigen Regierung geschaffen wurde), und auch von der Oppositionspresse mit Dank anerkannte Thatfachen beweisen, daß auch ohne Ministertitel die gegenwärtige ungarische Regierung ihre Pflichten kenne und zu erfüllen wisse. Wie wären wohl z. B. die ungarische Bodenrevidationsanstalt und ungarische Affekuranz daran, wenn sie mit ihren Unternehmungen gewartet hätten bis zum jetzigen Landtag, um von diesem bis zur Ernennung des ungarischen Ministeriums vertrieben zu werden? Oder hätten vielleicht das Nationaltheater, das Museum, die ungarische Akademie, die Theilregulierung, das Konservatorium u. s. w. gut daran gethan, wenn sie nur im Wege des ungarischen Ministeriums die von der Munizipalität des Monarchen ihnen zugewendete Subvention hätten annehmen wollen? Diese reichen Dotationen seien eben so viele Beweise (denen noch die Auswerfung von Pensionen für verdiente Schriftsteller und vieles Andere hinzugefügt werden könnte), daß die Regierung die Krone überall mit patriotischer Gewissenhaftigkeit informire. Uebrigens — schließt der Korrespondent — beruhigt sich die Opposition wahrscheinlich damit, daß diese Vertagung den betreffenden Interessen und Ansprüchen, so weit sie berechtigt, keinen erheblichen Abbruch thun werde, weil diese sich jetzt dahin wenden werden, wohin ausnahmsweise auch der Landtag die Angelegenheit der Edelpacher'schen Münzsammlung gewiesen, nämlich an die kompetente Stelle, welche nicht die Legislative, sondern in den meisten Fällen die vollziehende Gewalt, die Krone. Endlich kann der Korrespondent die Bemerkung nicht unterdrücken, daß bei gegenwärtigen Landtagsmitgliedern selbst früher keine solche Skrupulosität in Betreff des konstitutionellen Wirkungskreises geherrscht habe, indem sie keinen Anstand genommen, zur Vertreibung ihrer Privatinteressen oder von ihnen projektirten Unternehmungen mit Gesuchen und Denkschriften nicht nur an

Seuileton.

Aus der Geschichte des österreichischen Schulwesens.

III.

(Schluß.)

Regierungsrath Ficker tadelt in der Schmid'schen Enchiklopädie den „Mißbrauch, der in verkehrter oder zu weit gehender Anwendung des Grundsatzes der Gleichberechtigung“ in Bezug auf die Muttersprache getrieben wurde und der die Erreichung des eben genannten Zieles unserer Gymnasien erschwert, wenn nicht geradezu unmöglich macht. Wo immer die humane Bildung der nationalen hintangesezt wurde, litt diese selbst. Geschehen wird in unserer Epoche nichts mehr, sondern alles nur gezeugt. Zeugung aber ist im Abschlusse, in der Isolierung unmöglich. Kein vernünftiger Staat, kein bildungsfreundliches Volk wird die Kultur lächerlich machen —, keine kluge Nation sich ihrer Strömungen verschließen. Gerade seit 1849 haben die Literaturen der verschiedenen nichtdeutschen Völker einen Aufschwung erlebt, welcher ohne die Einführung des Organisationsentwurfes schwerlich solche Dimensionen angenommen hätte. Und die Zahl der nichtdeutschen Gymnasialschüler hat verhältnißmäßig mehr zugenommen, als die der deutschen. Die an den Gymnasien gebildeten jungen Männer besitzen, wenn sie anders die Vorträge der

Professoren sich zu Nutzen machten, eine so vollständige Kenntniß der Nationalsprache, daß sie bei Fleiß und Talent sich zu Zierden ihrer Literatur emporzuschwingen können. Es bleibt nur zu hoffen, daß die gewährte Freiheit und Fürsorge in dem Studium der Muttersprache nicht zur Vernachlässigung der übrigen Lehrgegenstände, die oft künstlich genährte Begeisterung nicht vom Ernste der Wissenschaft zu zeitraubender Leichtfertigkeit, politischer Kannegießerei und zu destruktiven Tendenzen führe. Ich spreche es unumwunden aus, der Staat soll dafür sorgen, daß er — nicht etwa gleichgiltige, leicht zu lenkende Unterthanen, sondern patriotische Bürger bekommt. In dieser Hinsicht vermiße ich etwas in unseren Schuleinrichtungen. Ich weiß, es was man dagegen sagen will, ich aber antworte auf alle Einwendungen nur das Eine: Unser Denken und Empfinden erhält seine Richtung in der Jugend. Doch genug davon; es ließe sich darüber unendlich viel sagen.

Die Ungarn haben über diesen Punkt meine Ansichten. Dies beweist der Umstand, daß sie nach dem Jahre 1861 die ungarische Geschichte als obligaten Gegenstand mit einer großen, ja zu großen Stundenzahl in den Lehrplan aufnahmen.

Mit dieser Wendung sind wir bei einer kurzen Schlußerwähnung des ungarischen Gymnasialwesens angelangt. In diesem dauerte der Jesuitenlehrplan ohne Unterbrechung in einer wahrhaft erschreckenden Stabilität bis auf die Reformen unter dem Ministerium Thun, nur daß unter Josef II. vorübergehend die deutsche Sprache als Unterrichtsmedium vorgeschrieben wurde. An ihre Stelle trat nach Josef II. wieder die lateinische.

Die Anstalten waren in den Händen der Geistlichkeit, erst nach der Revolution wurden Staatsgymnasien, natürlich nach den Vorschriften des Organisationsentwurfes freit und mit Lehrern aus den deutsch-slavischen Provinzen besetzt.

An die Stelle der bloß formalen Aneignung trat nun der Gewinn wirklicher Kenntnisse und echter Humanität. Gegen ihn verschlossen sich auch die Gemüther der Patrioten nicht, sondern sie anerkannten ihn um so dankbarer, als nicht an allen Gymnasien und nicht ausschließlich die deutsche zur Unterrichtssprache erhoben wurde. Die Opposition gegen die neuen Einrichtungen entsprang aus unläuterer Quelle. Ihren Ursprung entdecken wir leicht, wenn wir erwägen, daß im Jahre 1861 die magyarische Sprache an allen Gymnasien zum Medium des Unterrichtes erhoben wurde. Die Ungarn fanden es für gut, die Zahl der wöchentlichen Lehrstunden zu vermindern, das Deutsche zu einem freien Gegenstande zu machen und das Griechische auf 6 wöchentliche Lehrstunden zu reduzieren, und zwar beginnt dieser Unterricht erst im Obergymnasium. Sie fanden es für gut, die Mathematik und Naturwissenschaften stiefmütterlicher zu behandeln, dagegen die Philosophie zu bevorzugen und vor allem der magyarischen Sprache die größte Pflege zuzuwenden. Auch das Klassenlehrersystem haben sie wieder eingeführt.

Merkwürdig ist die Art und Weise, wie sie Lehrer anstellen. Durch ein Dekret der Hofkanzlei wurde ich zum Professor der griechischen Sprache in der fünften und der lateinischen in der sechsten Klasse ernannt. Es mag seine Vortheile haben, Jahr aus Jahr ein das

die provisorische ungarische Regierung, sondern auch an das Wiener Ministerium, ja an den Reichsrath sich zu wenden. Damals natürlich habe die Opportunität einen andern Sinn gehabt als heute. Die Geschichte werde, Angesichts dieses quecksilberartigen Wechsels, einst auch von der jetzigen Opposition sagen können: „aut timet, aut lumbet.“ (Dest. Ztg.)

Rusland.

Breslau. Die „Bresl. Ztg.“ schreibt: „Die ganze Summe der für den Kriegsfall disponiblen Mittel darf auf höchstens 45 bis 50 Millionen geschätzt werden — genug zur Mobilmachung der gesamten Armee, aber nicht ausreichend für einen ernstlichen Krieg. Nach des Ministeriums Rechtsanschauung steht dem Verkaufe des Staatseigenthums kein rechtliches Hinderniß im Wege. Der Verkauf der Ostbahn oder der Saarbrücker Kohlenwerke kann also nur in dem Mangel an Käufern ein Hinderniß finden. So lange aber noch deutsche Patrioten, wie Herr Oppenheim in Köln, existiren, so lange wird dieser Mangel nicht eintreten. Herr Oppenheim ist der Schwager und Compagnon Fould's, wenn er die Saarbrücker Kohlenwerke kauft, gerathen dieselben natürlich nicht in französische Hände. Die Möglichkeit des Verkaufes kann nach den stattgehabten Verkaufsgeschäften nicht bezweifelt werden; über die Wahrscheinlichkeit enthalten wir uns eines Urtheils. Nur das wollten wir konstatiren, daß die finanzielle Lage — nicht des Staates, sondern der Staatsregierung — kein Hinderniß für einen Krieg abgeben kann, sondern daß allein politische Momente über die Frage: ob Krieg, ob Frieden, den Ausschlag geben. Wenn aber, was wir vorläufig für unglaublich halten, die Regierung kriegerische Beschlüsse faßt und darum behufs Beschaffung der Geldmittel in der begonnenen Veräußerung des Staatseigenthums fortgeschreitet, so würden die Folgen der verminderten regelmäßigen Einnahmen im Falle des Sieges vielleicht, wenn auch schwer, zu überwinden sein. Eine Niederlage aber hätte unseren finanziellen Ruin zur Folge.“

Florenz, 28. März. Wenn es mir in meinem letzten Brief noch gestattet war, den verhältnißmäßig friedlichen Anschauungen unserer leitenden Kreise Ausdruck zu verleihen, so bin ich heute genöthigt, Ihnen zu berichten, daß die Stimmung plötzlich eine völlig andere geworden ist. Der Umschlag ist so unerwartet gekommen, daß in den italienischen Blättern noch wenig davon zu entdecken ist. Aber daß die Regierung die zuversichtliche Erwartung hegt, dem Krieg entgegenzugehen, daran kann nicht mehr gezweifelt werden. Nicht nur eine Reihe offenkundiger Maßregeln, wie die Einberufung der Mannschaften des Jahrganges 1845, deuten darauf hin, sondern in noch viel höherem Maße die Vorkehrungen, die ganz im stillen getroffen werden. Die Aufstellung einer Flotte von vierzig bis fünfzig Schiffen im adriatischen Meer ist angeordnet; die Befestigungen der oberitalienischen Provinzen werden besichtigt u. s. w. Jedenfalls scheint es mir, als ob die Entscheidung schon in kürzester Frist erfolgen müsse. (Allg. Ztg.)

Mailand, 25. März. Der König wird verlässlichen Mittheilungen zufolge am 4. April hier eintreffen, aber nur drei Tage bei uns verweilen. Für diese kurze Frist sind bereits ein Hofball, eine Hofjagd mit Galladiner im Parke zu Monza und eine Festvorstellung in unserem Kanobbiana-Theater angekündigt, wo komischer Weise gerade die bekannte Buffo-Oper „Der Vormund in Verlegenheit“ aufgeführt werden wird. Der König dürfte in Mailand, der Wiege des italienischen Republi-

kanismus, in diesem Augenblicke, da alles für Mazzini's Zulassung schwärmt, eine ziemlich lähle Aufnahme finden. Man darf nicht vergessen, daß die 107 Stimmen für Anerkennung der Gültigkeit von Mazzini's Wahl lombardischen Ursprungs sind. — Um zu den hiesigen Vorgängen zurückzukommen, melde ich Ihnen die Thatsache, daß der hier residirende preussische Konsul, Herr Rudolf Schramm, nicht nur den hiesigen Feierlichkeiten zur Erinnerung an die fünf historischen Märztage persönlich beizuwohnte, sondern auch vom 18. bis zum 22. d. M. auf dem Balkone seiner Wohnung am Corso di Porta Venezia eine große preussische Fahne ununterbrochen fort aufhängen ließ, was zu den auffallendsten Kombinationen umsomehr Anlaß gab, als man zugleich erfährt, daß der Ordonnausoffizier des Königs Conte Savoiraux auf seiner Durchreise als Ueberbringer des Anunziator-Ordens an den König von Belgien in Berlin ungewöhnlich ausgezeichnet worden ist.

Paris, 29. März. Präsident Bonjean hat von dem in Rom tagenden Comitato secreto eine Dankadresse für die Rede empfangen, welche er im Senat gegen die weltliche Herrschaft des Papstes gehalten hat. Auch sonst regt sich, wie aus der ewigen Stadt berichtet wird, die revolutionäre Agitation dort wieder sehr lebhaft. Die Osterwoche führte eine Menge hervorragender politischer Persönlichkeiten aus Florenz nach Rom: Deputirte, Senatoren, Journalisten u. s. w., welche wohl nicht blos aus religiösem Interesse die Residenz des Papstes aufgesucht haben. Man nennt unter denselben Frau Rattazzi, welcher ihr Gemal selbst in einigen Tagen nachfolgen sollte. Diese Dame spricht in Rom ganz laut die Ueberzeugung aus, daß noch in diesem Jahre die Annexion oder, wie sie sagt, die Befreiung der Tiberstadt eine vollendete Thatsache sein werde. — Aus Alexandrien wird als große Neuigkeit gemeldet, daß sich der Vizekönig soeben mit seinem Bruder Mustapha Pascha, von welchem ihn seit Jahren eine tief eingewurzelte Feindseligkeit trennte, ausgesöhnt habe. Mustapha Pascha war vor zwei Jahren Finanzminister des Sultans Abdul Aziz, nahm dann längere Zeit seinen Aufenthalt in Paris und London und bekleidete zuletzt wieder einen hohen Verwaltungsposten in Konstantinopel. Seine Rückkehr an den Hof des Vizekönigs dürfte dem französischen Einflusse in Egypten sehr zu Statten kommen. — Die Art, wie der flüchtige Bankassier von Poitiers seine Unterschlagungen beging, erinnert lebhaft an einen ähnlichen Kriminalfall, der soeben in Wien das öffentliche Interesse in so hohem Grade beschäftigt hat. Der Mann gab sich nämlich nicht erst die Mühe, die Bücher der Bank zu fälschen, sondern er beschränkte sich darauf, die mit Gold gefüllten Säcke, welche die Keller der Bank beherbergten, aufzutrennen, das Gold, welches unten lag, herauszunehmen und durch Kupfer zu ersetzen und die Säcke sodann wieder zuzunähen. Die Unterschleife wären noch lange unentdeckt geblieben, wenn nicht die Bank in den bei ihr ungewöhnlichen Fall gekommen wäre, eine Zahlung von 500.000 Francs auf einmal leisten zu müssen.

Jassy, 21. März. Wie aus dem Innern der Moldau berichtet wird, erhält sich in allen Distrikten die öffentliche Ruhe ungestört. Die Landbewohner sind durch die Enthronung Kusa's im Ganzen befriedigt, da sie während seiner Regierung vielen Vegetationen und Erpressungen ausgesetzt waren und von einer neuen Gestaltung der Dinge eine Verbesserung ihrer Lage hoffen. Besonders traurig ist die Lage der Landbevölkerung in den nördlichen Grenzdistrikten, wo in Folge der dort herrschenden Hungersnoth Pflanzen, Wurzeln, Rinde und andere vegetabilische Stoffe als Nahrung verbraucht

werden und in Folge des großen Elends viele Krankheitsfälle vorkommen. Auch scharen sich viele Landleute in den Städten zusammen, um ihr Leben von Almosen zu fristen. Leider ist von der provisorischen Regierung kaum Abhilfe zu erwarten, da ein System, wie das der Mißverwaltung Kusa's, sich nicht im Handumdrehen ändern läßt, und veraltete Mißstände in der Regel nur allmählich ausrottbar sind. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Parteigeist in den Donaufürstenthümern durch die Ablehnung des Grafen von Flandern neue Nahrung erhalten hat. Wenn sich einerseits die altkonservativen Bojaren näher aneinander schließen, so werden andererseits alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die gemäßigt liberale Partei zu einer Einigung zu vermögen. In dieser Richtung ist von Seite des Klerus der Bischof Filaret Scriban besonders thätig. Die allgemeine Stimmung ist für den Beizade Gregor Sturdza, indem man denselben für den moldauischen Fürstenthron als den Geeignetesten hält. Andererseits nennt man den Fürsten Vibesco als Kandidaten für den rumänischen Fürstenthron. Beizade G. Sturdza ist bereits hierlands eingetroffen und hält sich auf seinem Landgute Perheni auf. Er vermeidet persönlich alles, was Aufsehen erregen und die provisorische Regierung zu irgend einer Maßregel gegen ihn veranlassen könnte. Dagegen ist seine Partei um so thätiger, als sie zur Förderung seiner Kandidatur allen Einfluß aufbietet.

Ueber die Vorschußabtheilung des allgemeinen Beamtenvereines.

Das Prinzip, auf dem die Vorschußabtheilung des allgemeinen Beamtenvereines beruht, ist das der afforziellen Selbsthilfe, welches sich bisher in Deutschland so vorzüglich bewährt hat und auf welches dortselbst schon über 900, in neuester Zeit auch in Böhmen über 100 Vorschußvereine gegründet worden sind.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß der einzelne Beamte in der Regel vermögenslos ist und im kaufmännischen Sinne des Wortes nur geringen Kredit besitzt. Die Geseze des Staates, welche ihm bezüglich der Exekution eine exempte Stellung einräumen, haben dazu nicht wenig beigetragen. Er kann daher gewöhnlich nur unter den drückendsten Bedingungen Geld aufnehmen, weil der Geldgeber in der persönlichen Haftung des Einzelnen nicht hinreichende Deckung erblickt und sich gegen Verlustgefahr zu schützen sucht. Diese Verlustgefahr wird aber geringer und daher das Geld wohlfeiler, wenn an die Stelle der persönlichen Haftung des Einzelnen die solidarische Haftung Mehrerer tritt, und wenn diese Letzteren zugleich durch gemeinschaftliche Beiträge einen Betriebsfond bilden, wodurch ihrer solidarischen Haftung auch eine materielle Grundlage gegeben wird. Dieser Gedanke gelangt in der Vorschußabtheilung des Beamtenvereines dadurch zum praktischen Ausdruck, daß sich mehrere Mitglieder zu einem engeren lokalisierten Verbands einigen und ein Vorschußkonfortium bilden.

Durch die Solidarität sämtlicher Theilhaber eines solchen Konfortiums und durch die eigene Kapitalbildung mittelst Einzahlung von Antheilseinslagen wird eine Kreditbasis geschaffen, welche auch die Herbeiziehung fremden Kapitals und dadurch die Ertheilung von Vorschüssen und Darlehen an die Theilhaber zu weit günstigeren Bedingungen möglich macht, als dieses dem Einzelnen je erreichbar ist. Es würde nicht nur dem Grundcharakter der Vorschußvereine — nämlich der solidarischen Haftung und ihren Bedingungen — widersprechen, sondern auch mit großen geschäftlichen Schwierigkeiten verbunden sein, wenn alle Vereinsmitglieder, die sich an der Vorschußabtheilung betheiligen wollen, in einem großen Körper vereinigt, und wenn die Geschäfte der Vorschußabtheilung zentralisirt behandelt würden. Die Lokalisierung derselben entspricht ebenso der innersten Natur und dem Prinzip des Vorschußvereinswesens, als auch der praktischen Nothwendigkeit.

Die Theilhaber eines Vorschußkonfortiums verpflichten sich zum Erlage von wenigstens einer Antheilseinslage à 50 fl. mittelst sogleicher oder monatlicher Ratenzahlung, sowie zur gemeinschaftlichen Haftung für die Verbindlichkeiten des Vorschußkonfortiums mit ihren Antheilseinslagen. Sie erlangen dagegen das Recht, Vorschüsse zu beanspruchen und Dividenden zu beheben.

Die Gesammtheit der Antheilseinslagen bildet in erster Linie den Betriebsfond, aus welchem an die einzelnen Theilhaber, welche selbst auch zur Bildung dieses Fonds beigetragen haben, unter gemeinsamer Haftung aller übrigen Vorschüsse ertheilt werden. Dieser Fond, verstärkt durch die gemeinschaftliche Haftung aller Theilhaber, macht es aber auch möglich, daß zur Vermehrung desselben auch von dritten Personen Darlehen aufgenommen werden, und diese Geldaufnahme von Dritten wird um so leichter und vorteilhafter sein, als hierfür nicht nur der Betriebsfond und die gemeinschaftliche Haftung des einzelnen Konfortiums, sondern die Vorschußabtheilung des Beamtenvereines — der gesammten Vorschußabtheilung des Beamtenvereines — eintritt. Der Gesamtverein mit seiner großartigen Anlage und seinen reichen Hilfsmitteln greift hier gleichfalls als Zentral-Geldinstitut — als Bankier der sämtlichen Konfortien — in deren Thätigkeit vermittelnd und fördernd ein.

selbe lehren zu müssen, aber welcher einen Vorschub leistet es dem Schlendrian in einem politisch aufgeregten Lande gerade bei jenen Lehrindividuen, welche der Weiterbildung selbst noch bedürfen. Und fast nur solche standen nach der Vertreibung der deutschen Professoren der ungarischen Hofkanzlei zu Gebote, da die wenigen „Fremden“, welche man behalten wollte, für die Gnade dankten. Es ist vorgekommen, daß die von den deutschen Lehrern gebildeten Schüler der höheren Klassen über die mangelhafte Bildung ihrer neuen Professoren gelacht haben. Wenn auch das Thun'sche Gesetz über die Prüfung der Lehramtskandidaten im Wesentlichen beibehalten wurde, woher will man die Lehrkräfte nehmen, wenn die nun provisorisch Angestellten, weil sie die Prüfung von Jahr zu Jahr verschoben, entfernt werden sollten? Sehr hoffnungslose Abiturienten erhielten 1861 eine Professur, wenn sie nur des Magyarischen vollkommen mächtig waren. Doch verlor sich die Begeisterung für dieses. Auch sah man sich genöthigt, neben der ungarischen Sprache beim Unterrichte auch die deutsche und selbst die slavische zu Hilfe zu nehmen. Daß bei solchem Vorgange und unter diesen Umständen der Fortgang ein geringer und der Wunsch nach einer Annäherung an den Organisationsentwurf von 1849 lebendig geworden ist, läßt sich leicht begreifen.

Zum Schlusse will ich auf ein Manöver aufmerksam machen, welches die Anhänger der vormärzlichen Organisation in einer ungarischen Schulrathsdizze aufführten. Diese hatte eine aus Deutschen, Magyarern und Slaven gemischte Bevölkerung. Die Regierung setzte als Unterrichtssprache die deutsche fest. Anfangs war

die Aufgabe der Gymnasialprofessoren keine leichte, und man errichtete eine Vorbereitungsclassse, in welche jene Schüler gewiesen wurden, welche die Aufnahmsprüfung nicht bestanden. Da übernahm ein wackerer junger Mann die Direktion der Hauptschule in jener Stadt, welche ich vorzugeweiße im Auge habe, und nun gestaltete sich alles besser. Er sah auf eine tüchtige Uebung in der deutschen Sprache und ersparte dadurch vielen Eltern die Auslagen für ein ganzes Jahr, das ihre Kinder entweder in der Vorbereitungsclassse oder als Repetenten in der ersten Gymnasialclassse sonst hätten zubringen müssen. Die Fortschritte der Gymnasiasten waren nun viel größer. In den Jahren 1858 bis 1861 aber begannen die Fanatiker — die übrigens keine Söhne am Gymnasium hatten — den Direktor der Hauptschule in seinem Eifer zu lähmen und waren unvorsichtig genug, ihre Pläne zu verrathen. „Wir wollen“, sagten sie, „dem Gymnasium Schüler zuführen, welche nur des Magyarischen mächtig sind, damit sich die Regierung gezwungen sieht, wenigstens einige Gegenstände in dieser Sprache vortragen zu lassen; die Zeit wird das Ihrige thun und bald werden die ersten zwei, endlich alle vier Klassen des Unterghymnasiums nationalisirt sein.“ Sie reussirten. Die Religion wurde schon 1859 ungarisch tradirt. 1860 hieß es, wer die Geographie und Geschichte in magyarischer Sprache vortragen könne, dürfe und solle es thun. Das Jahr darauf erreichten die Freunde der Reorganisation bekanntlich mehr, als sie angestrebt hatten.

Die Antheilseinklagen bleiben kündbares Eigenthum der Theilhaber, werden aber nicht verzinst, sondern die Gebührungsüberschüsse werden am Schlusse des Geschäftsjahres unter die Theilhaber als Dividende vertheilt. Diese Gebührungsüberschüsse entstehen aus der in der Regel höheren Verzinsung der ertheilten Vor- schüsse in Verbindung mit dem regen Umsatze des Ge- triebefondos — nach Abzug der Interessen für die auf- genommenen Darlehen, der Regiekosten und der Quoten zur Bildung des Reservefondos.

(Fortsetzung folgt.)

Tagesneuigkeiten.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 27. März d. J. den Matrosen der Kriegs- marine Nikolaus Stancich und Alois Jennaro die Be- willigung allergnädigst zu ertheilen geruht, die denselben ver- liehenen kaiserlich russischen silbernen Rettungsmedaillen an- nehmen und tragen zu dürfen.

Es wird der „N. Fr. Pr.“ von verschiedenen Seiten versichert, daß die Regierung zwar die geeigneten Maßregeln ergriffen hat, um im gegebenen Momente kriegsbereit zu sein; aber zur Schonung der Finanzen sind alle diese Schritte nur vorbereitender Natur geblieben und haben dem Staate bisher keine erheblichen Auslagen verursacht. So haben z. B. die verschiedenen größeren Armeelieferanten dem Kriegsministerium Zusagen gemacht, welche dasselbe in dem Stand setzen, im Falle des Bedarfs auf die Lieferung der gewünschten Artikel rechnen zu können. Auch hört man noch nichts von andern größeren Gelbdauslagen, die einem Kriege unmittelbar voranzugehen pflegen, und ist es jeden- falls von der größten Wichtigkeit, daß sich die Regierung durch die provozirende Haltung Preußens zu keinen andern als absolut nothwendigen Gelbdauslagen hinreißen ließ.

An die Redaktion eines Wiener Wochenblattes schickte ein Abonnent aus Groß-Weckert einen Be- trag von fünf Gulden mit der Widmung, daß diese Summe demjenigen österreichischen Kanonier zufallen solle, welcher in dem Kriege gegen Preußen den ersten Schuß „gegen die Junker“ abfeuern wird.

Vom nächsten Quartal (8. April l. J.) an wird das belletristische Wochenblatt „Militärische Unterhaltungen“ als „Krieg und Frieden“ — illustrierte Unterhaltungs- blätter für alle Stände — ein Druckbogen stark, im Groß- Format erscheinen.

Wie der „G. C.“ aus Prag berichtet wird, haben sich die Israeliten des Bezirkes Mählfhausen in Böhmen mit einem eigenen Schreiben an Se. Excellenz den Herrn Staatsminister Grafen Belcredi gewendet, um der kaiserlichen Regierung für die durch die getroffenen ersten Maßnahmen bewirkte Abwendung der Gefahr, welche ihrem Leben und ihrer Habe drohte, ihren Dank auszu- sprechen.

Die Gemeinde Bairach in Steiermark — zusam- mengezogen aus Panetsche, St. Leonhard und Marinborf — ist seit zwei Monaten ohne Gemeindevorsteher, indem die bereits mehrere Male vorgenommenen Wahlen mit dem Gesehe kollidiren und annullirt werden mußten.

Ein Landmann kam dieser Tage in eine Linzer Spezereiwaren-Handlung und verlangte Kaffee. Man zeigt ihm verschiedene Sorten, allein er fand bei allen die Kerne zu hart. Auf die Versicherung, daß er auch in keiner an- deren Handlung weichen Kaffee finden werde, sagte er offenerzigt: „I brauchet halt an guten Kaffeesam und enter Kaffee sucht mi nót an, als wann er ausgeh'n wollt. Mid'n Trabbau'n schaut hiaz nix auffa und da möcht i's mid'n Kaffee probirn. Mei Snn hat mer fert an ganzen Brod- sad voll Erd'n aus'n Welischen auffabracht; wann i nur bal an rechten Kaffee zum bau'n kriagat, aft wurd's schier geh'n.“

Aus einer südlichen Provinz Oesterreichs sendet man der „Presse“ als Kuriosum die Eingabe eines Gemeinde-Vorstandes an das Regiments- Kommando, welche die Beurlaubung eines Militärs er- bittet und nach ziemlich primitiver Stylisirung der Gründe folgende stolze Schlussstelle aufweist: „Dahero bittet Eine löbl. Gemeinde ganz fußfällig an Einen löbl. k. k. Regiments- Kommando die Gnade zu erteilen, den Sohn des obge- nannten Vater zu beurlauben, damit er seinen alten Vater und Mutter unterstützen kann; denn sonst müßte ein alter trüppelhafter Mann samt Ehegemaßlin von der großen druck- der Noth zu Grunde gehen. Hoffst daher die löbliche Ge- meinde daß Einen löbl. k. k. Regiments- Kommando diese hohe Gnade nicht abgewiesen wird; und in der Hoffnung den Johann S... bald in seiner Heimath zu sehen. Schließlich stellt die löbliche Gemeinde an Einen löbl. k. k. Regts- Kommando vor; daß an der löblichen Gemeinde sehr schwer sein was die löbliche Gemeinde zu ernähren hat. Eigen- händig beide wir, mit den beigebrachten löblichen Gemeinde- siegel zur wahrer Bestätigung der Wahrheit über die obge- nannten Gründe. Mit Achtung. Gemeinde.. am März 1866. Franz... Gemeinde-Vorsteher; R... Gemeinderath; R... Gemeinderath.“

In einem Pariser Briefe des „Berl. Frdb.“ finden wir folgende Anekdote: Der Komponist des „Barbier von Sevilla“ ist eines Tages am Klavier, in der Absicht, die Duvertüre des „Tannhäuser“ zu spielen. Er fängt an, da ruft ihm Jemand zu: „Sie haben Ihr Notenblatt verkehrt!“ — „Das weiß ich“, sagte Rossini, „ich habe es schon anders versucht, aber es geht nicht.“

Die „Kreuzzeitung“ schreibt unter andern: Lord Romilly, „Master of the Rolls“, jüngst zum Peer erhoben, ist der Urgroßvater eines Wachschleifers aus der Umgegend von London, welcher als Refugium nach der Aufhebung des Edikts von Nantes aus Frankreich auswanderte. Einen andern pitanten Druckfehler brachte kürzlich ein Berliner Theaterzettel. Er meldete nämlich: Mit „ärztlichem“ Attest beurlaubt: Fr. Selling, — statt mit „ärztlichem“.

Nach einem Berichte aus Belgrad hat der dort residirende Pascha anbefohlen, alle in den türkischen Pro- vinzen befindlichen Schweine, welche die christlichen Unter- thanen halten, zu konfiszieren und lebend zu verbrennen, um die Möglichkeit einer Ansteckung der Türken durch Tri- chinen, welche schon der Prophet vorausgesehen und im Koran angedeutet hat, zu beseitigen.

Lokales.

Heute findet die letzte populär-wissenschaftliche Vorlesung des Herrn Ritter v. Fritsch über „Das geologische Alter der Menschheit“ statt. Der Titel des Vortra- ges schon zeigt den Ausgangspunkt derselben von der Ver- bindung einzelner Wissenszweige und den Resultaten derselben. Die Geologie in ihrer Verbindung mit der Geschichte (die Mythen eingeschlossen) hat das Alter der Menschheit nachgewiesen. Die Diluvialwirkungen in Krain selbst wer- den einer besonderen Betrachtung unterzogen. Es wird das fossile Vorkommen des Menschen nachgewiesen und alle ein- schlägigen Funde besprochen. Auch die Pfahlbauten finden ihre Würdigung, und so dürfen, auch ohne daß wir den Inhalt noch eingehender skizziren, die Besucher dieser um halb 8 Uhr Abends im Redoutensaal stattfindenden Vor- lesung, deren Reinertrag Herr v. Fritsch einem wohlthä- tigen Zwecke widmet, sich einen reichen geistigen Genuß ver- sprechen.

Der Reinertrag der am Ostermontag stattgefundenen Theatervorstellung soll sich auf 430 fl. belaufen.

Die diesjährige Generalversammlung des Stenographenvereines zu Laibach, welche am 9ten Februar 1866, als am Geburtsstage Franz X. Gabelsberger's, nicht abgehalten werden konnte, findet am Donnerstag den 5. April 1866 Abends 6 Uhr im Vereinslokale statt.

Eingefendet.

Die gefertigte Direktion sieht sich wegen Beseitigung allfälliger Mißverständnisse zur Erklärung veranlaßt, daß sie an dem Korrespondenzartikel Nr. 25 des „Triglav“: „So- zialismus in Rudolfswerth“, so wie an den frühern im ähnlichen Genre gehaltenen, das soziale Leben und das harmonische Verhältniß der hiesigen Bevölkerung zur Cital- nica nichts weniger als fördernden Artikeln des genannten Blattes gar keinen Antheil hat. — Sloga nam je geslo ne nesloga! — Auch möge zur Aufklärung dienen, daß die hiesige Citalnica den Namen „Citalnica v Rudolfovem“ führt.

Rudolfswerth, am 2. April 1866.

Die Direktion der Citalnica.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Wien, 2. April. Die „Wr. Ztg.“ ist in der Lage, folgende Note mitzutheilen, welche der k. k. Gesandte am königl. preussischen Hofe, Graf Karolyi, am 31ten v. M. dem königl. preussischen Ministerpräsidenten Gra- fen Bismarck überreicht hat:

„Es ist zur Kenntniß des kaiserlich österreichischen Kabinetts gekommen, daß die Regierung Sr. Majestät des Königs von Preußen, um die Verantwortlichkeit für die entstandenen Vorfälle einer Gefährdung des Friedens von sich abzulehnen, dem kaiserlichen Hofe feindselige Absichten beigemessen, ja sogar auf die Eventualität einer Bedrohung der preussischen Mon- archie durch eine Offensive Oesterreichs hingewiesen habe.“

Wiewohl die Grundlosigkeit einer solchen Unter- stellung in Europa notorisch ist, muß die kaiserliche Regierung demungeachtet Werth darauf legen, gegen- über dem königlichen Kabinet sich ausdrücklich gegen eine mit der Evidenz der Thatfachen so vollkommen unvereinbare Beschuldigung zu verwahren. Der Unter- zeichnete zc. zc. hat demgemäß den Auftrag erhalten, Sr. zc. zc. Herrn Grafen von Bismarck-Schönhausen in aller Form zu erklären, daß den Absichten Sr. Ma- jestät des Kaisers nichts ferner liege, als ein offen- sives Auftreten gegen Preußen. Nicht nur die so vielfach durch Wort und That erwiesenen freundschaft- lichen Gesinnungen des Kaisers für die Person Seiner Majestät des Königs, wie für den preussischen Staat, schließen jede solche Absicht entschieden aus, sondern der Kaiser erinnert sich auch der Pflichten, welche Oesterreich sowohl als Preußen feierlich durch den deutschen Bundesvertrag übernommen haben. Seine Majestät der Kaiser ist fest entschlossen, Seinerseits sich nicht in Widerspruch mit den Bestimmungen des Artikels XI der Bundesakte zu setzen, welche es den Mitgliedern des Bundes verbieten, ihre Streitigkeiten mit Gewalt zu verfolgen.

Indem der Unterzeichnete den königlichen Herrn Minister-Präsidenten ersucht, dem Könige, seinem erha- benen Herrn, die gegenwärtige Note zu unterlegen, hat er den Ausdruck der Hoffnung hinzuzufügen, das könig-

liche Kabinet werde sich bewegen finden, ebenso be- stimmt und unzweideutig, wie er solches namens seiner allerhöchsten Regierung gethan, den Verdacht eines be- absichtigten Friedensbruches zurückzuweisen und dadurch jenes allgemeine Vertrauen auf die Erhaltung des in- neren Friedens Deutschlands, welches niemals sollte gestört werden können, wieder herzustellen.

Der Unterzeichnete beehrt sich, auch bei diesem Anlasse zc. zc.“

Berlin, 2. April. (Pr.) Die „Börsenzeitung“ be- stätigt die Nachricht, daß die Pferde-Ankäufe vom General-Kommando des dritten Armeekorps sistirt wur- den, und bringt ein Pariser Telegramm, wonach der preussische Major v. d. Burg, bekannt durch seine längere Anwesenheit bei den französischen Truppen in Mexiko, in Paris eingetroffen und heute mit wich- tigen Depeschen nach Florenz abgereist sei.

Bremen, 1. April. (Pr.) Die „Weser-Zeitung“ bringt ein Wiener Telegramm vom 31. März Nachts. Danach sind Oesterreichs Vertreter bei den auswärtigen Regierungen angewiesen, zu erklären, daß Oesterreich die Feindseligkeiten nicht beginnen werde, außer wenn es im Besitze Holsteins gestört würde.

Florenz, 1. April. (Pr.) Es ist das Gerücht ver- breitet, Prinz Napoleon, welcher hier angekommen ist, habe dem Kabinet die Erklärung überbracht, daß Frankreich sich dem österreichisch-preussischen Konflikt gegenüber völlig neutral verhalten wolle. General Lamarmora begibt sich heute noch nach Mailand, wo gegenwärtig der König weilt.

Florenz, 1. April. Prinz Napoleon ist hier eingetroffen; man versichert, der Prinz habe mit General Lamarmora eine Unterredung gehabt. — Die „Nazione“ dementirt, daß zwischen Preußen und Italien eine Uebereinkunft abgeschlossen wurde. — Die Gerüchte über ein angeblich mit Rothschild abge- schlossenes Anlehen von 200 Millionen, so wie über beträchtliche Rüstungen werden dementirt. — Die diplomatischen Vertreter Italiens im Auslande sind mit der offiziellen Aufklärung beauftragt, daß die italienische Regierung in der Lage sei, ihre Verpflichtun- gen zu erfüllen, ohne zum Kredite im Auslande ihre Zuflucht zu nehmen.

Rom, 1. April. Der Papst hat heute den feier- lichen Segen urbi et orbi ertheilt. Es war eine ungeheure Volksmenge anwesend, welche den Papst be- grüßte.

Telegraphische Wechselkurse vom 3. April.

Sperr. Metalliques 56.85. — Sperr. National-Anlehen 61.05. — Bankaktien 711. — Kreditaktien 135. — 1860er Staatsanlehen 76.20. — Silber 104.50. — London 105.20. — R. l. Dufaten 5.07.

Geschäfts-Zeitung.

Krainburg, 3. April. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 15 Wagen mit Getreide, 3 Wagen mit Heu und Stroh und 8 Wagen mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Megen	4	—	Butter pr. Pfund	—	34
Korn	3	—	Eier pr. Stück	—	14
Gerste	—	—	Milch pr. Maß	—	10
Hafer	1	40	Rindfleisch pr. Pfd.	—	14
Halbfench	—	—	Kalbfleisch	—	16
Heiden	—	95	Schweinefleisch	—	17
Hirse	1	—	Schöpfenfleisch	—	—
Kartoffeln	2	60	Schädel pr. Stück	—	30
Erdäpfel	1	40	Tauben	—	10
Linien	—	—	Hen pr. Zentner	1	55
Erbsen	—	—	Stroh	1	50
Fisolen	3	80	Holz, hartes, pr. Kst.	4	60
Rindschmalz pr. Pfd.	—	50	— weiches, „	2	80
Schweinschmalz „	—	40	Wein, rother, pr. Eimer	—	—
Speck, frisch, „	—	28	— weißer „	8	—
geräuchert, „	—	38			

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reduziert	Temperatur nach Reaumur	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Pariser Linien
6 U. Mg.	322.86	+ 8.4	SEW. maß.	größth. bew.	—
3. 2 „ R.	324.04	+ 9.8	SEW. maß.	trübe	10.68
10 „ Ab.	324.15	+ 7.0	SEW. schw.	Regen	Regen

Gegen 8 Uhr Morgens ein paar Blitze mit schwachem Don- ner in NW. SEW. stößeweise heftig. Nachmittags Regen an- haltend.

Uebersicht der Witterung des Monates März. Der mittlere Luftdruck beträgt 323.23. Der höchste Barometer- stand war 327.97 den 23.; der tiefste 316.91 den 21. Das Monatmittel der Wärme ist + 5.2° R., es ist um 2.1° R. höher, als das aus einer Beobachtungsreihe von 12 Jahren sich mit 3.1° R. ergebende Monatmittel. Die größte Wärme war + 12.1° R. den 5. um 2 Uhr. Das Thermometer sank nur einmal unter den Gefrierpunkt, den 30. Morgens, wo es — 0.6° zeigte. Die Morgen am 11., 12., 16., 27. bis 31. waren von schwachen Regnen begleitet. Der mittlere Dunstgrad ist 2.76, die mittlere Feuchtigkeit 86.9, die mittlere Bewölkung des Himmels 7.1. Der Niederschlag des Monates erreicht die bedeutende Höhe von 9 Zoll 8.1 Linien. Es gab keinen ganz heiteren Tag, hingegen 21 Regentage und 2 Gewitter. Die südwestliche Windrichtung war vorherrschend.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Reimayr.